

«Wollen wir den Chinesen verbieten, Fleisch zu essen?»

MARTIN WOLF, *Starjournalist und Chefökonom der «Financial Times», über die Finanzkrise, Hungerproteste und Globalisierungsängste*



VON PHILIPP LÖPFE

Martin Wolf, «Warum die Globalisierung funktioniert», heisst Ihr Buch, das Sie vor vier Jahren veröffentlicht haben. Würden Sie den Titel heute noch so wählen?

Der Verleger hat diesen Titel gewählt. Mein Vorschlag wäre gewesen «Die Globalisierung verteidigen», aber da ist mir leider Jagdish Bhagwati zuvorgekommen. Aber ich habe kein Problem mit diesem Titel und würde ihn heute noch wählen. Weshalb?

Wir haben Hungerproteste von Ägypten bis Haiti, eine zunehmende Ablehnung von Freihandel in reichen Ländern und die Finanzkrise. Globalisierung hat derzeit keinen guten Ruf.

Ich verstehe den Zusammenhang von Hungerprotesten und der Globalisierung nicht.

Es gibt den Vorwurf, dass die Reichen die Nahrung der Armen als Treibstoff verbrennen.

Moment, es ist sehr wichtig, dass man in der Ökonomie die Ursache und ihre globalen Auswirkungen richtig erkennt. Es ist unbestritten, dass dank der Globalisierung gerade die Wirtschaft einiger Entwicklungsländer rasant gewachsen ist, hauptsächlich in Asien.

Das trifft für China und Indien zu. Die Hungerproteste sind aber in noch ärmeren Ländern. China und Indien verfügen über viele Arbeitskräfte, aber wenig eigene Rohstoffe. Ihr rasantes Wachstum hat zur Folge, dass ihr Hunger nach Rohstoffen wächst und deshalb Nahrung, aber auch Erdöl und andere Rohstoffe teurer werden. Es ist also gerade umgekehrt: Der wachsende Wohlstand von ehemals mausarmen Riesennländern wie China und Indien macht Rohstoffe knapper und damit teurer. Der Erfolg, nicht der Misserfolg der Globalisierung ist die Ursache der Hungerproteste. Dieser Erfolg geht zunehmend auf Kosten der Ärmsten, Afrika, beispielsweise.

Wenn Sie so argumentieren, müssen Sie nicht die Globalisierung an den Pranger stellen, sondern das wirtschaftliche Wachstum.

Sie sehen keine Alternative zur Globalisierung, wenn wir sieben Milliarden Menschen auf der Erde ernähren wollen? Wenn wir auf wirtschaftliches Wachstum verzichten, wird das Elend noch viel schlimmer. Auch moralisch sehe ich keine Alternative. Oder wollen wir den Chinesen verbieten, Fleisch zu essen? Jetzt leben etwa 15 Prozent der Menschen auf unserem Wohl-

standsniveau. Ist es überhaupt denkbar, dass die Hälfte und mehr dieses Niveau erreichen, ohne dass es zur ökologischen Katastrophe kommt?

Wir brauchen mit Sicherheit technologische Innovationen, um dies zu verhindern.

Was, wenn es nicht gelingt?

Dann gibt es nur eine Lösung: Wir müssen unseren Anteil am Verzehr der weltweiten Rohstoffe reduzieren, und zwar dramatisch. Ein Engländer verbraucht etwa dreimal so viele Rohstoffe wie ein Chinese. Wir müssten also etwa auf zwei Drittel unseres gegenwärtigen Verbrauchs verzichten. Versuchen Sie mal, das politisch zu verkaufen.

Reicht technische Innovation?

Als Ökonom denke ich natürlich an andere Mittel, an höhere Preise beispielsweise. Ein sinnvoll eingesetzter Preismechanismus muss uns zwingen, sparsamer mit den Ressourcen umzugehen.

Höhere Preise machen Nahrung für die Armen noch teurer.

Das stimmt nur für die Stadtbvölkerung. Für die Bauern, auch für die armen, ist es jedoch grundsätzlich ein Segen, wenn die Nahrungsmittelpreise steigen. Für Entwicklungsländer, die Nahrung importieren, gibt es nur eine Lösung: Sie brauchen mehr Hilfe von aussen.

«Der schwierigste Markt, den man sich vorstellen kann, ist die Atmosphäre der Erde»

Höhere Preise für Rohstoffe, um die Ressourcen zu schonen, eine Art Finanzausgleich für die Ärmsten, ist das Ihr Rezept?

Das ist der einzige Mechanismus, den ich sehe. Die Alternative, Nahrung und Rohstoffe zu subventionieren und billiger zu machen, wäre verheerend. Es würde zu einem verschwenderischen Um-

gang mit den Rohstoffen führen. Schonender Umgang mit den natürlichen Ressourcen ist eines der wichtigsten politischen Themen der nächsten Jahrzehnte.

Steigende Rohstoffpreise, vor allem für Öl, sind ein Grund, weshalb es auch in reichen Ländern zu Reaktionen gegen die Globalisierung kommt.

Ich sehe das genau umgekehrt: Der Backlash gegen die Globalisierung im Westen erfolgt, weil die Preise zu tief gefallen sind. Seit China der Weltwirtschaft beigetreten ist, sinken die Preise für einfach herzustellende Güter. Das hat zu Arbeitsplatzabbau und Lohn- druck im Westen geführt und damit auch zu einem Groll gegen die Globalisierung. Die Ironie liegt doch gerade darin, dass die industrialisierten Länder in den letzten 40 Jahren alles unternommen haben, um die Preise für Nahrungsmittel so hoch wie möglich zu halten. Nur so konnten sie ihre Landwirtschaft retten. Wir haben immer diese hohen Preise gewollt. Im Westen darf niemand dafür die Globalisierung verantwortlich machen. Jetzt wird der Protektionismus in der Landwirtschaftspolitik bald überflüssig, weil das knappe Angebot die Preise steigen lässt.

Kann man die echten von den unechten Problemen der Globalisierung unterscheiden?

Nein, aber von direkten und indirekten. Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, steigende Ungerechtigkeit bei der Einkommensverteilung und stetig wiederkehrende Finanzkrisen, das sind Probleme, die direkt mit der Globalisierung in Zusammenhang stehen. Die Ausbeutung der Rohstoffe und die anderen ökologischen Fragen hingegen sind zwar noch bedeutendere Themen, haben aber mit der Globalisierung direkt nichts zu tun. Sie betreffen die Frage: Wie können wir sinnvoll mit den endlichen Ressourcen dieser Welt umgehen? Das ist die grösste Herausforderung des 21. Jahrhunderts.

Was können wir tun?

Wir geben erstaunlich wenig Geld aus für Forschung und Entwick-

lung auf diesem Gebiet. Die Welt gibt insgesamt weit mehr als eine Billion Dollar jährlich für die Rüstung aus. Nur ein Bruchteil dieser Summe fliesst beispielsweise in die Energieforschung.

Der «Stern»-Report zeigt, dass die Klimaerwärmung ein «Marktversagen» ist. Brauchen wir politische Lösungen?

Einige Märkte sind viel schwieriger zu gestalten als andere. Der schwierigste Markt, den man sich vorstellen kann, ist die Atmosphäre der Erde. Sie gehört allen, niemand kann Eigentumsrechte geltend machen. Es ist das ultimative Allgemeingut. Aus der Ökonomie wissen wir, dass Güter, die allen gehören, übernutzt werden, weil der Einzelne keine Kosten hat. Es ist kaum möglich, die Atmosphäre in einen Markt zu verwandeln. Ähnliches gilt für die Meere.

Was ist die Lösung?

Die Regierungen müssen einschreiten. Was die Atmosphäre betrifft, müssen alle Regierungen dieser Welt gemeinsam eine Lösung finden. Es braucht globale Steuern oder Quoten.

Klingt in der Theorie überzeugend, aber wie wollen Sie das praktisch umsetzen?

Es ist unglaublich schwierig, nicht nur politisch, sondern auch technisch. Aber klar ist: Es gibt keine andere Lösung. Hunderttausende von Jahren konnten die Menschen die Atmosphäre und die Meere als Allgemeingut nutzen. Heute geht das nicht mehr. Es ist ein analoger Vorgang wie damals, als die Nomaden zu Bauern wurden. Damals musste das Allgemeingut Land in Eigentum verwandelt werden. Der Bauer musste sagen können: Dieses Land gehört mir. In einer ähnlichen Art brauchen wir heute globale Eigentumsverhältnisse für Atmosphäre und Meere.

«Marktversagen» stellen wir auch in der aktuellen Finanzkrise fest. Sie haben gar geschrieben, der freie Markt sei gestorben. Starker Tobak. Die Globalisierung war bisher vom freien Markt getrieben. Denken Sie nur an die Entwicklung in

China, aber auch an diejenige des ehemals kommunistischen Osteuropas. Ein Aspekt dieser Entwicklung war die Liberalisierung der Finanzmärkte.

Und da kommt es ungefähr alle drei Jahre zu einer Krise.

Die meisten davon allerdings in Entwicklungsländern oder, wie in den Neunzigerjahren, in Skandinavien. In Ländern also, in denen der Finanzsektor lange stark reguliert war und dann plötzlich liberalisiert wurde.

Diesmal ist es anders.

«Solange wir den Kapitalismus haben, wird es Krisen und Instabilität geben»

Der US-Finanzmarkt ist der liberalste der Welt.

Gerade deshalb betrachte ich diese Krise als viel signifikanter als die vorhergegangenen. Es ist eine Krise, die sich im am bestentwickelten Bereich der modernsten Wirtschaft der Welt abspielt. Die Avantgarde der Finanzwelt hat sich damit auf sensationelle Art geirrt. Das wirft für die Zukunft viel grundlegendere Fragen auf als die vergangenen Krisen wie Mexiko oder die Asiatische Grippe.

Hat Sie das schockiert?

Ja, das hat selbst mich erschüttert. Das Missmanagement, das sich in dieser Krise offenbart hat, wirft grundlegende Fragen auf. Kurzfristig: Wie bekommen wir sie in den Griff?

Und langfristig?

Wie muss das Finanzsystem sinnvoll reguliert werden? Wie weit kann es sich selbst heilen? Was bedeutet es, dass die wichtigen Teile des Banking immer mehr in den Investment-Banking-Bereich wandern? Wie gehen wir mit der Instabilität der «securisierten» Märkte um? Was ist die Rolle der Nationalbank?

Was heisst das? Eine Revolution der Finanzwelt?

Wir werden sicher nicht zum System der Sowjetunion zurückkehren. Aber wir werden uns fragen müssen, ob es sinnvoll ist, dass Entwicklungsländer bereits jetzt ihre Finanzmärkte liberalisieren. Sollen China und Indien ihre Kapitalkontrollen abschaffen? Wir müssen uns auch überlegen, ob die Sache mit der Verbriefung der Schulden, das Aufteilen von Schulden in kleine, handelbare Pakete, tatsächlich funktioniert.

Was erhoffen Sie sich von diesen Grundsatzdiskussionen?

Ein Finanzsystem, das ein bisschen stabiler ist als das gegenwärtige. Aber natürlich bin ich nicht naiv. Solange wir den Kapitalismus haben – und derzeit sehe ich dazu keine Alternative –, werden wir Instabilität und Krisen haben.

Sollen Banken stärker reguliert werden?

Wir wissen eines mit Sicherheit: Keine Regierung dieser Welt wird es zulassen, dass das Finanzsystem einfach kollabiert. Das bedeutet, dass in jeder ernsthaften Krise jede Regierung einschreiten und die Banken retten wird. Alle wissen das, Banker, Investoren etc. Das Finanzsystem ist zudem seinem Wesen nach oligopolistisch, es wird von einem kleinen Kreis beherrscht. In guten Zeiten werden gewaltige Gewinne eingefahren, in schlechten springt die öffentliche Hand rettend ein. In diesem Kontext kann man die Regulierung gar nicht mehr vermeiden. Sie können nicht ein System haben, in dem die Gewinne privatisiert und die Verluste sozialisiert werden.

Wie soll reguliert werden?

Über den Preis. Das bedeutet konkret: höhere Eigenkapitalquote, Versicherungsprämien für Banken, die direkten Zugang zum billigen Geld der Nationalbank haben.

Sie haben auch geschrieben, der Staat müsse eine Obergrenze für Einkommen der Bankiers definieren.

Das ist Teil der Regulierung. Viele sind in dieser Frage mit mir einverstanden. Die meisten aber sind einverstanden, dass die Einkommen der Banker ein Problem geworden sind. Aber wir können uns vor dieser Frage nicht drücken. Solange der Staat immer eingreift, wenn das System in Nöte gerät, haben wir es tatsächlich mit einer Art «Sozialismus für Reiche» zu tun. Das dürfen wir nicht akzeptieren. Sonst wird die politische Antwort kommen. Sie lautet: Wir wollen keine freien Finanzmärkte mehr.

Eine Langversion dieses Gesprächs finden Sie auf www.sonntagszeitung.ch

SERIE: WEGWEISER AUS DER KRISE

Die Wirtschaft steckt in der Krise – Lebensmittelknappheit, Klimawandel, Finanzkrise, Abzocker, wachsende Ungleichgewichte, zunehmende Unsicherheit. Wohin steuert die Wirtschaft? Hilft sie Probleme lösen, oder schafft sie nur noch mehr davon? **Die Sonntags-Zeitung eröffnet die Debatte**

darüber, was jetzt zu tun ist, wie die Wirtschaft reformiert werden soll. Wir lassen **kluge und engagierte Menschen** zu Wort kommen, die nach Lösungen suchen und **neue Ideen einbringen**. Auf Martin Wolf folgen nächsten Sonntag **die Professoren Mario von Cranach, Peter Ulrich und Philippe Mastroradi**.

MARTIN WOLF: KOMPETENTE STIMME

Martin Wolf gehört zu den **zehn einflussreichsten Journalisten** der Welt. Seine Kolumnen und Analysen in der **«Financial Times»** stossen weltweit auf Beachtung. Wolf hat **mehrere Bücher geschrieben** und ist regelmässig an Anlässen wie dem WEF in Davos anzutreffen. Im

Jahr 2000 erhielt er den Orden **Commander of the British Empire** für seine Verdienste im Wirtschaftsjournalismus. Martin Wolf studierte in Oxford **Philosophie und Ökonomie**, arbeitete danach **bei der Weltbank** und wurde 1987 Chefökonom bei der **«Financial Times»**.